



PRESSEINFORMATION

Magdeburg, den 20.06.2018

Neues Schulgesetz: Mehr gelebte Demokratie an Schule lässt weiter auf sich warten

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. kritisiert verpasste Chance bei Änderung des Schulgesetzes.

Sachsen-Anhalt/Magdeburg. Das Land Sachsen-Anhalt ändert sein Schulgesetz. Dabei hätte es auch die Gelegenheit gehabt, Schulen zu den Orten gelebter Demokratie zu machen, von denen der Koalitionsvertrag spricht. Das beschlossene Gesetz sieht allerdings keine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Schüler*innen vor.

Fabian Pfister (Vorsitzender KJR LSA) hierzu:

„An kaum einem Ort verbringen junge Menschen so viel Zeit wie an Schule. Gleichzeitig sind ihre Möglichkeiten mitzubestimmen fast nirgendwo so gering wie dort. Über die an der Schule geltenden Regeln entscheiden oft die Lehrkräfte allein. Das wäre mit der Einführung der vom KJR LSA geforderten Drittelparität in den Konferenzen anders geworden. Hier hätten Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern gleichberechtigt über wichtige Entscheidungen beraten und diese gemeinsam treffen können. Schließlich sind sie auch alle von den Entscheidungen betroffen.“

Wer die Demokratie stärken möchte, muss Mitbestimmung jenseits offizieller Gremien erlebbar machen. Das gilt auch für die Schule und ihre Konferenzen. Demokratie muss im Alltag und für alle erlebbar sein und das fängt im Schulalltag an. Warum dürfen Schüler*innen bei der Gestaltung des Klassenraums oder dem Ziel der Klassenfahrt oft immer noch nicht mitentscheiden? Damit sich endlich etwas ändert, müssen Schulen dazu verpflichtet werden zu überlegen, wie Mitbestimmung im Schulalltag verankert werden kann. Wir haben angeregt, dass die Konferenzen ein entsprechendes Konzept beschließen. Die Anregung wurde aber – wie alle Anregungen für mehr Mitbestimmung – nicht aufgenommen.“

Nicht geändert wurde ebenfalls, dass Schüler*innen, die ihrer Schulpflicht nicht nachkommen, eine Ordnungswidrigkeit begehen. Dies kann in letzter Konsequenz die Verhängung von Jugendarrest zur Folge haben – auch hier hatte der KJR LSA sich mit Blick auf den Koalitionsvertrag mehr erhofft. Fabian Pfister (Vorsitzender KJR LSA) dazu:



PRESSEINFORMATION

Magdeburg, den 20.06.2018

„Junge Menschen gehören in die Schule und nicht in den Jugendarrest. Wer die Schule schwänzt, muss frühzeitig sozialpädagogisch begleitet und nicht Monate später weggesperrt werden.“

Hintergrund:

Der Schwerpunkt der Änderung des Schulgesetzes lag auf Fragen der Einführung von Grundschulverbänden zur Sicherung von Schulstandorten, der Öffnung des Vorbereitungsdienstes zur Qualifizierung neuer Lehrkräfte, der Sicherung der Mobilität von Lehrkräften, Regelungen für Ersatzschulen und Datenschutzfragen.

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V. hat zum Entwurf des Schulgesetzes ausführlich Stellung genommen und den Schwerpunkt auf Schulen als Lernorte der Demokratie gelegt. Die **Stellungnahme** ist abrufbar unter:

http://kjr-lsa.de/ger/jugendpolitik/stellungnahmen/2017-12-06_Stellungnahme_SchulG_WEB.pdf

Der diskutierte Entwurf des Schulgesetzes findet sich unter:

<https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d1992lge.pdf>

Die Formulierung von „Schule als Ort gelebter Demokratie“ findet sich auf Seite 76 des Koalitionsvertrages unter:

https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente/Koalitionsvertrag2016-2012.pdf

Der **Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V.** ist ein Zusammenschluss von 27 landesweit tätigen Jugendverbänden, 3 Dachverbänden sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendringe der Landkreise und kreisfreien Städte. Er vertritt zusammen mit seinen Mitgliedern die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit seinem Projekt „Jugend Macht Zukunft“ setzt er sich für mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein.